

**Statement zur PK „Brot für die Welt“ am 2. Juli in Berlin**

**von Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank, dass sie heute zur Bilanzpressekonferenz von „Brot für die Welt“ gekommen sind. Ich möchte Ihnen heute zum einen das Spendenergebnis von „Brot für die Welt“ für das Jahr 2008 vorstellen. Zum anderen wird unser Klima-Experte, Thomas Hirsch, einen Blick auf den anstehenden Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen werfen.

Zunächst zum Spendenergebnis: „Brot für die Welt“ hat im vergangenen Jahr rund 51,4 Millionen Euro an Spenden erhalten. Das Ergebnis liegt damit um rund 1,4 Millionen Euro unter dem des Vorjahres. Das entspricht einem Rückgang an Spendengeldern um 2,7 Prozent. Auch wir sind also im vergangenen Jahr von der weltweiten Finanzkrise erfasst worden. Allerdings in einem sehr moderaten Rahmen. Wir danken allen Gemeinden, Gemeindegliedern und den zahlreichen sonstigen Spenderinnen und Spendern von „Brot für die Welt“, dass sie trotz eigener wirtschaftlicher Sorgen hier in Deutschland nicht den Blick dafür verloren haben, wer die Hauptbetroffenen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sind. Die ohnehin schon Armen im Süden sind in der gegenwärtigen Situation ungleich stärker von Fabrikschließungen, Arbeitslosigkeit und Inflation betroffen. Und wenn es Menschen hier bei uns schon schlecht geht in diesen beiden Krisenjahren – um wie viel mehr dann erst den Menschen in Ländern, in denen es weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe gibt und die über keine Sparbücher oder Lebensversicherungen verfügen. Danke an die Spender, dass sie über unseren Tellerrand blicken!

Die Gesamtaufwendungen der Aktion „Brot für die Welt“ waren im vergangenen Jahr mit 67,1 Millionen Euro um 3,8 Prozent höher als im Vorjahr. Dabei sind die Aufwendungen für Werbung und Verwaltung nur geringfügig um 227.000 Euro angestiegen. Die satzungsgemäßen Aufwendungen, d.h. die Gelder für die Projekte

im Ausland wie für die satzungsgemäße Öffentlichkeits-, Bildungsarbeit und Advocacy stiegen auf 61,9 Millionen Euro – das sind 3,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben für Projektförderung stiegen gegenüber 2007 um rund 815.000 Euro an. Ursache hierfür sind hauptsächlich höhere Überweisungen an unsere Partnerorganisationen zur Finanzierung der Entwicklungsprojekte, die bereits durchgeführt werden. Außerdem wurden mit diesem Geld unsere Verbindungsstellen in Peru, Vietnam und am Horn von Afrika erfolgreich aufgebaut. Hinzu kommt eine um 167.000 Euro höhere Zuführung an die Schwesterorganisation von „Brot für die Welt“, die Diakonie Katastrophenhilfe. Dieses Geld wurde als Nothilfe für die Opfer der Flutkatastrophe in Bihar in Indien eingesetzt.

„Brot für die Welt“ geht sorgfältig mit den anvertrauten Spendengeldern um. Darauf können sich unsere Spenderinnen und Spender verlassen. Kein Spenden-Euro ist durch die aktuelle Finanzkrise verloren gegangen. Freilich haben wir mit dem anvertrauten Geld in diesen Zeiten der Finanzkrise aber auch keine so hohen zusätzlichen Erträge erzielen können wie im Vorjahr.

Warum hatten wir diese Verluste? Die anvertrauten Spenden werden zeitnah in Projekte investiert. Aber die Auszahlung der Projektmittel an unsere Partnerorganisationen erfolgt entsprechend dem Projektfortschritt und auf der Grundlage von Durchführungs- und Finanzierungsplänen. Darüber hinaus müssen die Projektpartner regelmäßig Projektfortschrittsberichte und Zwischenabrechnungen zur Auszahlung weiterer Gelder vorlegen. Damit kommt „Brot für die Welt“ seiner Pflicht zum sorgfältigen Umgang mit Spendengeldern nach.

Grundsätzlich verfolgen wir eine konservative Anlagestrategie der Spendenmittel. Sie werden in Zusammenarbeit mit kirchlichen Banken zum Teil auch angelegt. Bei den Anlageformen handelt es sich in der Regel um festverzinsliche Wertpapiere und Bundesschatzbriefe. Investiert wird grundsätzlich nur im Euro-Raum und nicht in Asien oder Amerika. Außerdem werden die Spenden nach ethischen Grundsätzen angelegt.

Der verantwortliche Umgang mit den Spendengeldern ist auch in diesem Jahr wieder belohnt worden. „Brot für die Welt“ belegte beim Transparenzwettbewerb der renommierten Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers den siebten Platz (von insgesamt 55 beteiligten Organisationen). Damit haben wir im dritten Jahr in Folge einen der ersten zehn Plätze bei diesem Wettbewerb belegt.

Wir haben die verlangte Qualität ein weiteres mal gesteigert und damit mit den anderen 10 TOP-Organisationen Schritt gehalten: Bedeutete das im Jahr 2006 noch, dass man damals 60% der Anforderungen des Kriterienkatalogs erfüllt haben musste (der Sieger erfüllte damals 70%), so bedeutet es heute, dass wir – gemeinsam mit sechs weiteren Werken - mehr als 90% der maximal erreichbaren Punkte erzielt haben (im Jahr 2007 tat dies nur der Gewinner).

Ich möchte jetzt zum inhaltlichen Schwerpunkt unserer diesjährigen Bilanzpressekonferenz kommen – dem Klimawandel. Wenn wir die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Jahrhundertkrise nennen, so reichen die Konsequenzen der Klimakrise doch noch ungleich weiter. Wir verdrängen, dass wir in voller Fahrt auf eine weitaus dramatischere Katastrophe zusteuern, die das Zeug hat, sich zu einer Jahrtausendkrise auszuwachsen, wenn wir nicht endlich einen drastischen Kurswechsel vollziehen und eine gewaltige Anstrengung unternehmen, den Klimawandel abzubremesen.

Ob Fischer in Bangladesch, Kleinbauern in Haiti oder Nomaden in Äthiopien: der Klimawandel betrifft unsere Partner unmittelbar und massiv. Vielerorts droht Menschen, die ihren Lebensstandard mit unserer Hilfe ein wenig verbessern konnten, der Rückfall in Hunger und Armut. Die in den letzten Jahrzehnten geförderten Entwicklungsfortschritte werden durch den Klimawandel erbarmungslos zerstört: Entwicklungshilfe und CO<sub>2</sub>-Emissionen – zwei widersprüchliche Einflüsse aus den Industrienationen! „Brot für die Welt“ hat daher den Kampf gegen den Klimawandel zu einem Arbeitsschwerpunkt erhoben und das Thema „Ernährungssicherung im Klimawandel“ in den Mittelpunkt der 51. Aktion gestellt. Für uns heißt das, Stellung zu beziehen und Partei zu ergreifen für die Klimaopfer.

Konkret bedeutet dies, dass wir unsere Projektarbeit in ganz besonders vom Klimawandel betroffenen Gebieten wie z.B. der Küste von Bangladesch, der Südpazifikregion und der Sahelzone ausweiten. Hier unterstützen wir unsere Partner darin, zusammen mit Experten in die Dörfer zu gehen und unter Einbeziehung der Betroffenen eine systematische Klimafolgenabschätzung zu machen und entsprechende Schutz- und Anpassungsmaßnahmen zu entwickeln. In Bangladesch spielt der verbesserte Schutz der Bevölkerung vor Zyklonen eine wichtige Rolle. Erst vor einem Monat hat der Wirbelsturm „Aila“ dort weite Küstenabschnitte des Golfs von Bengalen heimgesucht und mit einer mehreren Meter hohen Flutwelle Tod und Zerstörung gebracht.

Daneben unterstützen wir aber auch landwirtschaftliche Anpassungsprojekte: Bodenversalzung und monatelange Überflutungen infolge des Klimawandels treffen inzwischen 10-tausende Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche bis zu 100 Kilometer ins Landesinnere hinein. Teilweise ist die Bodenzerstörung aber auch schon so weit fortgeschritten, dass Landwirtschaft nicht mehr möglich ist. Das führt dazu, dass täglich hunderte Familien als Klimaflüchtlinge in Städten wie der Hauptstadt Dhaka stranden und einen täglichen Überlebenskampf gegen Hunger, Krankheit und Rechtlosigkeit führen müssen.

In puncto Klimaschutz stehen wir fünf Monate vor der entscheidenden Weltklimakonferenz in Kopenhagen praktisch mit leeren Händen da. Das liegt vor allem an zwei Dingen: Erstens fehlt Europa die Bereitschaft, endlich die Warnsignale der Wissenschaft zu hören und sich zu verpflichten, bis zum Jahr 2020 40 Prozent weniger Treibhausgase in die Luft zu blasen. Das ist mindestens erforderlich, um noch eine Chance zu haben, die globale Erwärmung wenigstens auf zwei Grad begrenzen zu können. Zweitens – und das wiegt noch schwerer – fehlt die Bereitschaft, endlich Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern zu übernehmen und sich zu verpflichten, die dort erforderlichen Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Es wäre nur recht und billig, wenn das umweltpolitische Grundprinzip „Polluter pays“ Anwendung fände und wir als Hauptverursacher uns zur Kasse bitten lassen.

Die Bundesregierung trägt Verantwortung. Wenn sie dieser nicht gerecht wird, bürdet sie der nächsten Generation nicht nur einen Schuldenberg auf, sondern hinterlässt ihr zugleich einen überhitzten Planeten. Ich appelliere daher dringend an Frau Bundeskanzlerin Merkel, sich beim G8-Gipfel in der kommenden Woche, bei dem die Finanzierung von Klimaschutz und –anpassung in Entwicklungsländern auf der Tagesordnung steht, festzulegen:

- auf das Ziel einer 40-prozentigen Emissionsminderung bis 2020 für die EU,
- auf das Prinzip der verbindlichen Kostenübernahme für Klimaschutz und -anpassung in Entwicklungsländern durch die Verursacherstaaten wie Deutschland sowie
- auf die verbindliche Bereitstellung des deutschen Beitrags zu den Gesamtkosten, die sich ab 2013 auf mindestens 160 Milliarden US-Dollar jährlich belaufen.

Mein letzter Wunsch an die Kanzlerin betrifft den künftigen Status von Klimaflüchtlingen: Damit diese einen Rechtsanspruch auf Entschädigung und geordnete Umsiedlung erhalten, ist es unerlässlich, ein internationales Rechtsinstrument zu schaffen, etwa als Zusatzprotokoll des neuen Weltklimaabkommens.

Bislang hören wir aus der deutschen Verhandlungsdelegation, dass sie nicht bereit sei, das Thema Kompensation überhaupt im Kopenhagener Abkommen zu erwähnen. Als christliches Hilfswerk appellieren wir darum dringend: Das Abkommen muss neben dem Prinzip der Verantwortung gegenüber der Schöpfung und gegenüber den künftigen Generationen auch auf dem Grundsatz der Fairness gegenüber den Armen basieren!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!